

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn es heute darum geht, die Landesverteidigung zu stärken und die Arbeitslosen zu beschäftigen, wenn auf diese Aufgaben die Hauptmittel des Staates konzentriert werden müssen, so liegt die ausschlaggebende Voraussetzung hierzu darin, andere Staatsbelastungen möglichst zu vermindern. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß sich der Staat für andere Zwecke so verschuldet hat, daß er für seine vornehmsten Aufgaben Mühe hat, die Deckung aufzubringen, und zu Mitteln greifen muß, die an der Substanz zehren. Wenn man mit immer neuen Forderungen an die Privatwirtschaft gelangt, so muß vorerst bewiesen werden, daß man gewillt ist, auch von der Ausgaben Seite her das Seine zu tun. Man sollte mutig genug sein, nach der besseren Einsicht zu handeln und die unerläßlichen Sanierungen vorzunehmen, auch wenn sie von gewissen Kreisen unbedingt ein nationales Opfer fordern. Andererseits darf nichts unterlassen werden, die Dynamik der Wirtschaft unter Betonung der Exportindustrie und der Selbsthilfe-Methode zu heben. Daß wir uns tatsächlich auf der schiefen Ebene befinden, weiß man auch in Bern, und es ist Aufgabe einer Regierung, dem Volke klar zu machen, was nottut. Aber warum überläßt man das immer den Parteien in einem Augenblick, wo von der Entschlossenheit der Staatsführung mehr denn je unsere Zukunft abhängt?

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Entscheide auf dem Gebiete der Schulhandschrift. / Amnestie für Reisläufer? / Die falsche Rechnung der Schweizer „Nationalsozialisten“. / Nach rechts und links mit gleicher Elle!

Die letzten Jahrzehnte waren auf dem Gebiete der *Schulhandschrift* durch Unklarheit, Unruhe und Unschlüssigkeit gekennzeichnet. Man pendelte zwischen *Fraktur* und *Antiqua* hin und her, ohne sich recht für die eine oder andere Schrift entschließen zu können. Dazu kam noch jene große Unsicherheit in den Schriftformen und Lehrmethoden, so daß die Verwirrung — wie man zu sagen pflegt — komplet war. Begann die Bewegung zuerst ziemlich zahm mit der Einführung der *Antiqua* als zweiter *Schulhandschrift*, so schwoll sie besonders in den letzten zehn Jahren zu einem solchen Umfange an, daß einem um das Ende wirklich bange werden konnte. Die schäumenden Wellen haben sich indessen jetzt gelegt. Nach und nach brachen sich einzelne Leitgedanken Bahn, die zu *Entscheidungen* hinführten, die jetzt Tatsache geworden sind. Eine nicht immer gemütliche und erfreuliche Übergangszeit scheint damit zum Abschluß gekommen zu sein.

Das erste Hauptresultat der neueren Entwicklung ist das *Hinfallen der Fraktur*. Sie war die traditionelle Schrift der deutschen Schweiz. Hervorgegangen aus der mittelalterlichen *Kanzleischrift*, ist sie bis in unsere Tage hinein die Schrift der *Notare* geblieben. Die Schule lehrte sie einst als die *Handschrift*, und in ihr haben *Jeremias Gotthelf* und *Gottfried Keller* die besten Werte unserer Literatur niedergelegt. Ihre Formen gewähren stets ein eindruckliches Wortbild. Wenn sie auch nicht gerade flüssig zu schreiben sind, wenn sie auch

nicht gerade einen schlichten Eindruck machen, so liegt doch in ihnen viel Korrektheit und Schönheitssinn. Ohne Übertreibung darf man wohl auch behaupten, daß in der Fraktur ein bedeutender erzieherischer Wert liegt. Durch diese Schrift war die Schweiz deutlich mit dem übrigen deutschen Sprachgebiet, dem sie ebenfalls eigen war, verbunden. Allein es kam die Zeit des sich entfaltenden Weltverkehrs, die Zeit der schnellen Verbindungen von Stand zu Stand, von Land zu Land. Die Schweiz, selbst zweier lateinischer Kulturen teilhaftig, mußte das auch in ihrem Schriftwesen verspüren. Zuerst ergab sich die Notwendigkeit, auch in die sog. lateinische oder Antiquaschrift einzuführen, die dem romanischen Sprachgebiet zugehört. Bald darauf aber wurde die Antiqua sogar zur Anfangsschrift; als erster Ort im deutschen Sprachgebiet hat der Stand Zürich im Jahre 1882 diesen Schritt gewagt. Die Fraktur wurde damit zwar noch nicht aus der Schule, wohl aber aus ihrer dominierenden Stellung vertrieben. Je mehr Stände nun diesem Beispiel folgten, je mehr Verkehr und Bevölkerungsaustausch zunahm, desto stärker wurde natürlich die Stellung der Antiqua und desto schwächer die Position der Fraktur. Jetzt sind die Würfel noch ganz zu ihren Ungunsten gefallen: 1933 hat Zürich den deutschen Schreibunterricht abgeschafft und um dieses Datum herum scharen sich auch die anderen schweizerischen Schulen. Für den Freund der deutschen Schrift ist es natürlich ein schwacher Trost, daß die Fraktur immerhin noch als Leseschrift berücksichtigt werden soll — was übrigens ein erfolgloses Bemühen ist — und daß der Ersatz, die Antiqua, trotz ihrer „lateinischen“ Herkunftsbezeichnung ebenfalls eine Ableitung aus der gotisch-germanischen Schrift des Mittelalters darstellt. Ob nun aber nicht die stärkere Berücksichtigung der Fraktur in Deutschland auch auf unsern Schreibunterricht wieder gewisse Rückwirkungen haben wird?

Das zweite Hauptresultat ist die grundsätzliche Einführung der Antiqua als Schulschrift, zumeist als alleinige und zwar in vereinfachten Formen. Wer schon lange die Stoffanhäufung in unseren Volksschulen mit Bedenken betrachtete, wer darauf sann, hier Abhilfe zu schaffen, der muß diesen Entschluß für die Pflege einer einzigen Schulschrift als richtig erachten, auch wenn er an sich noch für die Fraktur eingenommen wäre. Die Antiqua nun ist schlichter, nicht schöner; sie ist auch flüssiger zu schreiben, aber nicht etwa deutlicher. Gegenüber der Fraktur ist sie ein Ausdruck der — nun einmal zeitgemäßen — Verflachung. Die ältere Antiqua trug bei uns Elemente des Idealismus, des Jugendstiles und dergleichen an sich. Hand in Hand mit dem Ringen um eine einzige Schrift ging nun auch der Kampf um ihre Vereinfachung. Die Bezeichnungen „Kellerschrift“ und „Hulligerschrift“ tauchen da in unserer Erinnerung auf. Es hat keinen Sinn, sich weiter mit ihnen abzugeben, denn in ihren ursprünglichen Fassungen sind sie überholt: Bei der weichen „Kellerschrift“ ist eine Vereinfachung der Formen, bei der starren „Hulligerschrift“ eine Milderung eingetreten. Als „Schweizerische Einheitschrift“ hat sich die gemilderte „Hulligerschrift“ sogar noch in den meisten deutschschweizerischen Ständen ausgebreitet, während die „Kellerschrift“ eigentlich nur noch im Kanton Zürich Gnade gefunden hat und zwar auch erst nach langem Spielen mit der „Hulligerschrift“. Der Unterschied der beiden Schriften scheint mir darin zu liegen, daß bei der „Einheitschrift“ mehr Abriechung, Selbstzweckbetonung, Gleichförmigkeit vorhanden ist, während die „Kellerschrift“, auf die Bewegung das Hauptgewicht legend, die Schrift zum Persönlichkeitsausdruck werden lassen will in wandlungsfähigen Grundformen. Die amtliche Publikation des Zürcher Erziehungsrates von A. Flückiger sagt dazu im deutlichen Hinblick auf die konkurrierende „Einheitschrift“: „Dieser dynamische Lehrgang errichtet zwischen Schulschrift und Lebenschrift keine Mauer“. Hier scheint man in der Tat den rechten Weg eingeschlagen zu haben.

* * *

Während der letzten beiden Jahre sind mehrere hundert Schweizer, vorab Kommunisten, nach Spanien gezogen, um der dortigen republikanischen Regierung im Bürgerkriege beizustehen. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß in der Regel nicht Habgucht, sondern politischer Idealismus jene Kommunisten in den Kampf getrieben hat. Nichtsdestoweniger gilt auch für sie wie für uns Eidgenossen alle die ernste Mahnung Zwinglis: „Haltet fest zusammen und laßt die fremden Herren untereinander raufen! Sehet auch einmal dem Kampfe zu und nehmt nicht wieder Sold an, um alle ihre Hiebe aufzulesen; denn wahrlich, wahrlich, dies möchte Euch mit der Zeit sauer werden.“ Nach Zwingli, dem eigentlichen Begründer unserer Neutralitätspolitik, gibt es also für den Eidgenossen nur eine Möglichkeit: das Stehen zum eigenen Banner und Sich-Abseits-Halten von den Händeln anderer. In diesen Gedanken sind auch die heutigen bundesrätlichen Neutralitätsbeschlüsse und das Schweizerische Militärstrafgesetzbuch verfaßt. Es bedeutet daher eine schamlose oder zum mindesten leichtfertige Mißachtung dieser eidgenössischen Grundgebote, wenn sich Schweizer aus dem Staube machen, um einer fremden Regierung zu dienen. Da sie nun wieder heimkehren, unterliegen sie selbstverständlich den angedrohten Strafen, denn unsere Gesetze sind dazu da, um angewendet zu werden. Leute, die gedanklich diesen Freiwilligen und der spanischen Republikanischen Regierung nahe stehen, haben jedoch kürzlich die Forderung einer Amnestierung der Spanienkämpfer in die Öffentlichkeit geworfen.

Wenn jemand noch keinen Hochschein von Neutralität hat, so sind es gewiß unsere Volksfrontkreise. Sie legen aber nicht nur Unwissenheit, sondern auch ausgesprochen schlechten Willen an den Tag. Ihnen ist die private Intervention, welche unter ihrem geistigen Einflusse in Spanien in Szene gesetzt wurde, ein Pappenspiel, ja noch mehr eine Selbstverständlichkeit, ja sogar eine Ruhmestat, etwas, das gerade gut in ihren mehr internationalen als schweizerischen Geist hineinpafßt. Solches geistiges Reisläufen, was ist es aber im Effekte anderes als eben die Unterstützung fremder Herren, gleich wie deren Unterstützung durch Söldner. Es ist und muß die Devise der Eidgenossenschaft bleiben, sich von fremden Händeln fernzuhalten, mögen uns deren Beweggründe sympathisch sein oder nicht. Ernst genommen, vermögen wir ja auch kaum zu entscheiden, auf welcher Seite das Recht liegt, so daß wir mit Bestimmtheit erklären könnten, dieser oder jener sei der zu Unrecht Angegriffene, welcher unsere Hilfe verdiene. Es mag allerdings sein, daß unsere demokratische Wesensart für demokratische Gestaltungen im Ausland mehr Verständnis findet — etwas anderes wäre unnatürlich —, indessen darf uns dies jedoch nicht dazu verleiten, uns auf jene Seite zu schlagen. Wenn einmal unsere Linkskreise sich selbst gegenüber dieselbe Empfindlichkeit an den Tag legen wie gegenüber denjenigen, welche etwas zu viel nach Deutschland hinüberschielen, dann werden wir erst auf dem Punkte angelangt sein, den Schweizer einfach annehmen müssen, um nicht in Gefahren zu stürzen. Auch hier mahnt uns Zwingli wieder wie an die Folgen der Einmischung in fremde Händel: „Die Gefahr ist die, daß man befürchten muß, man komme zuletzt in der Herren Hände, entweder derer, die Freundschaft mit uns halten, oder aber derer, die unsere Feinde sind.“

Hinsichtlich der Amnestierung halten wir es aus Gründen der konsequenten Neutralität mit den „Basler Nachrichten“ und sagen: „Eine Amnestie für die Spanienfahrer kommt gar nicht in Betracht“. Sie kommt gerade so wenig in Betracht, wie eine Amnestie für Deutschlandfahrer in Betracht käme. Unser Volk ist ja sowieso sparsam mit dergleichen Erleichterungen. Erst einmal kam eine Amnestie zur Anwendung; das war damals, als 1856 die Neuenburger Royalisten straffällig geworden waren. Dagegen wurde den Urhebern der Tessiner Revolution von 1890 diese Rechtswohlthat versagt. Voraus-

setzung für die Amnestierung wäre übrigens ein Zustand, der eine Wiederholung solcher Tatbestände nicht befürchten ließe. Wenn wir aber die ganze Lage überblicken, so droht eher die Gefahr, daß sich bei einer Amnestierung dergleichen private Interventionen mehren würden. Ebenso wenig können die zahlreichen politischen Argumente verfangen, welche von den Befürwortern dargelegt werden. Da heißt es in einem Aufrufe: „Die Schweizer haben in Spanien Ehre eingelegt für unser Land und für die schweizerischen Waffen“ oder „Eines ist sicher, daß diese Freiwilligen, die Mut und Opfersinn bewiesen haben, für uns wertvoll und notwendig sind“, oder in einer Zürcher Versammlung wurde erklärt: „Der Kampf, den sie in Spanien auf Seiten der Republik geführt haben, ist auch unser Kampf gewesen“. Noch viel weniger eignet sich das Amnestiebegehren als Druckmittel für das Ja der Sozialisten bei Anlaß der Finanzvorlage. Das einzige, wofür man zu Gunsten der irreführten Spaniensfahrer, die meist körperlich und seelisch gelitten haben, ein Wort einlegen kann, sind milde Urteile der Militärgerichte. Im übrigen mögen sie sich bei ihren geistigen Anführern bedanken, die sie unter der Parole „Nie wieder Krieg!“ in den Kampf geheßt haben.

* * *

Beschränkten sich die Bewunderer nationalsozialistischer Politik lange Jahre hindurch auf die Betonung nationaler Gesinnung, so haben wir seit diesem Sommer nun auch bei uns Nationalsozialisten, die aus ihrem Namen kein Heilmachen. Neben der älteren „Nationalsozialistischen Schweizer Arbeiterpartei“ unter der Führung von Leonhardt sind eben jüngstens noch erschienen der „Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung“ unter der Führung von Zander und die „Eidgenössischsoziale Arbeiter-Partei (ESAP)“ unter der Führung von Hofmann. Durch Proteste gegen sie und ihre Presse sind diese Gruppen derzeit in aller Mund gekommen. Da wir schon lange, bevor die Öffentlichkeit recht aufmerksam wurde, dem „Schweizervolk“ der ESAP an dieser Stelle unsere Ablehnung entgegenhielten, brauchen wir eine Auseinandersetzung nicht zu wiederholen. Dagegen soll aufgezeigt werden, wo und wieso diese Nationalsozialisten eine falsche Rechnung machen, eine Rechnung ohne den Wirt.

Die Rechnung zunächst lautet ungefähr folgendermaßen: Wir bekämpfen die demokratische Staatsform der Eidgenossenschaft auf dem Boden der Bundesverfassung und revidieren von hier aus auch die politischen Grundlagen im Sinne des nationalsozialistischen Vorbildes — Vernichtung von Marxismus, Freimaurerei und Judentum —, folglich sind wir eine legitime Gruppe und niemand kann uns etwas anhaben. Wir dürfen unsere antiliberalen Gesinnung ausleben, ohne daß man uns ein Haar krümmen darf deswegen. Wir dürfen das „System“, die Behörden, den Parlamentarismus, die Rechtsgleichheit, die Persönlichkeitsrechte, überhaupt alles Demokratische ungehindert angreifen und stehen dabei unter dem Schutze der Bundesverfassung.

Was sagt nun aber der Wirt, die eidgenössische Demokratie zu dieser fein säuberlichen Rechnung, die so klar zu stimmen scheint? Der Wirt sagt: Die Bundesverfassung, auf die ihr euch so inständig beruft, um euere Gesetzlichkeit nachzuweisen, ist mein Werk, und es ist meine Sache sie auszulegen. Wiewohl sie nur Form zu sein scheint, die alles in sich aufzunehmen vermag, also auch euch, ist doch diese Form untrennbar mit den demokratischen Grundprinzipien verbunden. Deshalb verwehre ich euch, die Form der eidgenössischen Verfassung für die Aufrichtung eines nationalsozialistischen Führerstaates auszunutzen. Deshalb verbiete ich euch euere Rundgebungen, euere Zeitungen. Die Demokratie läßt sich vom Boden der Bundesverfassung aus nicht bekämpfen. Ihr Nationalsozialisten, mögt ihr die Verfassung noch so lange anrufen, mögt ihr eine „eidgenössisch soziale Volksgemeinschaft“ bilden, die Eidgenossenschaft „stark und sozial gerecht“ machen wollen, ihr steht außerhalb des Gesetzes! So w i s s t d e r

Wirt die falsche Rechnung seiner nationalsozialistischen Gäste aus.

Und der Wirt hat recht. Die Nationalsozialisten haben die politische Grundnatur der Eidgenossenschaft nicht in Rechnung gestellt und sind deshalb zu einem falschen Schlusse gekommen. Die Eidgenossenschaft ist aus einem Bunde freier Männer entstanden, sie ist von jeher bündisch aufgebaut gewesen und lebt auch heute noch aus diesem Bundesgedanken. Ihm entspricht die demokratische Gestalt des heutigen Staatswesens, das heißt, die Willensbildung geht von unten nach oben, aus dem Volke in die Obrigkeit hinauf, nicht umgekehrt wie beim Nationalsozialismus. So gut das deutsche Volk seit Jahrhunderten darauf eingestellt war, Führer zu haben und einen „Führer“ zu empfangen, ebensogut ist unser Volk darauf eingestellt, selbst die Führung in den Händen zu haben. Vielleicht sieht eine solche Demokratie nicht so schneidig drein wie ein von oben herab regierter Staat. Manches erscheint bei uns auch wirklich als ungeschickt und unbeholfen. Manchmal ärgern wir uns mit Recht über allerlei demokratische Ungeschicklichkeit und Zügellosigkeit. Aber beim Urteilen darf auch das Wort der Geschichte gehört werden, und die Geschichte sagt uns, daß die demokratische Eidgenossenschaft sich während 700 Jahren aus der Kraft ihrer Glieder erhalten konnte, trotz aller inneren und äußeren Stürme. Eine solche Bewährung sucht man weithin, zunächst auch bei den nationalen Machtstaaten, umsonst. Ist es am Ende vielleicht nicht etwa so, daß viele die schlichte, äußerlich unscheinbare Demokratie unterschätzen? Ist es am Ende nicht so, daß unsere Demokratie doch jene Staatsform verkörpert, die mit ihrem Ausgleich von Staatsgewalt und Menschentum größte politische Stabilität und menschliche Wohlfahrt verbürgt?

* * *

Unter dem Titel „Les tendances de la jeunesse suisse“ stellt Odette Arnaud in der französischen „Revue hebdomadaire“ einerseits die Unpopularität des Kommunismus in der Schweiz fest und andererseits erscheinen ihr auch die faschistisch-nationalsozialistischen „Bewegungen“ als höchst unbedeutend, da es in der Schweiz nicht leicht sei, mit Uniformen, Paraden und Trompeten Politik zu treiben. Wenn wir nun auch mit diesen Konstatierungen einig gehen — die geringe Parteigängerzahl der Kommunisten und Nationalsozialisten bildet den Beweis für ihre Richtigkeit —, so muß unser Vaterland dennoch vor diesen politischen Strömungen auf der Hut sein, nach innen, um die Infiltration landesfremder Ideen zu hindern, nach außen, um den falschen Anschein zu wehren, als ob die Eidgenossenschaft abhängig sei oder unter der Herrschaft links- oder rechtsextremer Elemente stehe. Ein Zweifrontenkampf ist uns vorgezeichnet. Die Zeiten und Umstände zwingen uns, ihn zu führen, wiewohl wir nicht gesonnen sind, im Prinzip die Meinungsfreiheit zu unterbinden.

Verschiedenes ist da auch schon getan worden. Einige Kantone haben Kommunistenverbote erlassen, die von Bundes wegen in Anbetracht der Staatsgefährlichkeit dieser Partei geschützt wurden. Die Kommunisten sind auch aus den Staatsdiensten entfernt. Auf der anderen Seite setzten sich wiederum eidgenössische Stände gegen die Nationalsozialisten zur Wehr, indem sie deren Propaganda unterbanden. Neuerdings hat die Bundesanwaltschaft sogar eine großangelegte Aktion mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen durchgeführt, um die Hintergründe der nationalsozialistischen „Bewegung“ kennen zu lernen, worauf dann der Bundesrat die Zeitungen „Angriff“, „Schweizerdegen“ und „Schweizervolk“, jedenfalls auf Grund belastender Wahrnehmungen vorläufig verbot. Was aber in diesen Tagen besonders auffallen muß, ist, daß

eigentlich alles nur über die Nationalsozialisten herfällt, während die Kommunisten im Schatten dieser Ereignisse ein behagliches, ungestörtes Leben führen dürfen. Die meisten Stände und vor allem der Bund krümmt ihnen kein Härchen: sie können fröhlich weiter agitieren und mit ihrer „Freiheit“ die eidgenössische Freiheit zu untergraben suchen. Wieso das kommt, können wir uns allerdings schon erklären. Die Kommunisten haben sich eben ein demokratisches Mäntelchen umgehängt, und unseren Demokraten erscheint unter den heutigen Umständen die nationalsozialistische Gefahr akuter wegen ihrer offensichtlich antidemokratischen Natur. Nichtsdestoweniger muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Gegner unseres Staates auch links stehen und daß wir — wie gesagt — einen Zweifrontenkampf zu führen haben. Wer etwa über die Gefährlichkeit des Kommunismus noch nicht orientiert sein sollte, lese die einschlägige Literatur, etwa das Sonderheft der „Schweizerischen Rundschau“ über den „Bolschewismus“!

Wir halten es da mit der Freisinnigen Partei von Zürich, die in einer Versammlung resolvierte: „Die Versammlung ist der Auffassung, es sei behördlicherseits allen Umsturzparteien jeder Richtung samt ihrer Presse von Bundes wegen dauernd das Handwerk zu legen.“ Es genügt jedenfalls nicht, wenn man — wie in der Bundesversammlung — bestenfalls nur so nebenbei davon redet, die Kommunisten fielen auch unter die Umsturzparteien, in der Hauptsache sich aber nur mit den Nationalsozialisten befaßt. Man muß deshalb hoffen, die von Bundespräsident Baumann angekündigte Rechtsetzung gegen staatsgefährliche Umtriebe und Verächtlichmachung der demokratischen Einrichtungen werde in der Weise Anwendung finden, daß sowohl nach rechts als auch nach links mit der gleichen Elle gemessen wird. Das ist nötig zur Konzentration unseres Staatsbewußtseins, zur Abgrenzung gegen fremde Politik und zum Ausschluß jeden Zweifels am eidgenössischen Willen zur Unabhängigkeit.

Bülach, am 18. November 1936.

Walter Hildebrandt.

Chronik der Weltpolitik:

Atempause.

In den ersten Februartagen des Jahres 1936, als der Schnee recht dicht auf den niedrigen Dächern der Prager Kleinseite lag und auch der sonderbaren Steinfigur des französischen Geschichtsprofessors Denis, der, im Rahmen vielhundertjähriger Häuser und Kirchen, ausgerechnet von einem modernen steinernen Klüßel aus den Blick zum Grabschrein wendet, noch ein weißes Hütchen auf den Kopf gesetzt hatte — als feuchte Nebel sich aus der Moldau erhoben und durch die Straßen dieser seltsamen Stadt schlichen — da stiegen wir hinauf zu der Prager Burg, dahin uns der Präsident der Republik zu einer Audienz geladen hatte. Auch an diesem Tage hielten natürlich tschechoslowakische Soldaten die Burgwache, doch trugen sie nicht ihre eigene Uniform, sondern den hellblauen Rock mit den Schnüren und das schiefssitzende Barett der französischen Alpenjäger — eine Geste der Dankbarkeit an den großen Alliierten, der ihnen die Freiheit gebracht, und die sich seit 1918 in einem ständigen und regelmäßigen Turnus von je 3 Wochen auch auf die englischen und italienischen Verbündeten übertrug, in deren Uniform die Wache ebenfalls je eine Woche ihren Dienst ausübte. An diesem seltsamen Bild vorbei ging es die schöne Treppe hinauf, durch die unendliche Flucht jener herrlichen Säle, die einen kaum gestörten Blick auf die tiefliegende Moldau und die nebligen Umrisse der Großstadt gewährten, vorbei auch an jenem Fenster, durch das einstmalig die Fensterstürzler die Burg unfreiwillig verlassen hatten, um aller-

ding's weich auf jenem wohlthuenden Misthaufen zu landen, den ein indiskreter Blick heute wohl vergeblich suchte. Vorbei an verschiedenen Gruppen von Beamten und Offizieren ging die Reise endlich in einen der letzten der unvergeßlichen Säle, wo uns der Präsident der Republik empfing, sich gewandten Schrittes von einem Schreibtisch lösend, dessen Rückseite vielleicht einer der schönsten Gobelins abschloß.

Heute, wo der einst so mächtige Mann wohl längst das Schiff bestiegen hat, das ihn in die Emigration nach den Vereinigten Staaten führt, da das Reich, das er im Verein mit seinem Lehrer, Freund und Berater geschaffen, zu Trümmern geschlagen ist, mögen, unbeschwert von nunmehr dahingefallener Diskretionspflicht, die starken Erinnerungen wieder lebendig werden, die von jener Audienz ausgegangen sind. Vielleicht können sie geeignet sein, das eine oder andere noch dunkle Bild der schicksalsschweren Ereignisse im September etwas aufzuhellen.

Wir hatten einige Tage vorher eben eine Reise abgeschlossen, die uns in Begleitung von Herren der Sudetendeutschen Partei durch die Glendzgebiete des westlichen Erzgebirges führte. Nun sollte, wie es sich für den Berichtstatter eines neutralen Landes von selbst versteht, der Standpunkt auch der andern Seite aufgenommen werden, und, als der Präsident der Republik uns zur Begrüßung die Hand schüttelte, waren wir bereits vordem durch das Büro des reichlich gealterten aktivistischen Ministers Professor Spina gegangen und hatten uns die glänzenden Ausführungen des tschechischen Agrariers B a j i č e k, des Ministers für die Landwirtschaft, angehört, bei dem übrigens die „N e u e B e r n e r Z e i t u n g“ des Herrn Feldmann täglicher Gast war.

Kaum etwas mehr als zwei Monate mit der höchsten Würde der Republik ausgezeichnet, hatte sich Herr Dr. B e n e š damals wohl noch nicht ganz in die neue Lage gefunden. Aus seinen Worten sprach denn auch weniger die Zurückhaltung des Staatshaupts, als vielmehr das lebhafteste Temperament des Journalisten und polemischen Dialektikers, und die Gewandtheit und die Vielgestalt seiner Sprache ließen deutlich die Genfer Atmosphäre wiederklingen, die er ja erst vor kurzem verlassen hatte.

Die Unterredung, die an die zwei Stunden dauerte, wurde — zum Teil deutsch, zum Teil französisch geführt —, wie es sich gehört im wesentlichen von Herrn Dr. Benesch bestritten. Zwischenhinein erschien dann gelegentlich ein Sekretär, der etwas zur Unterschrift brachte, oder dann läutete eines der drei auf dem Tisch des Präsidenten stehenden Telefone, und man hörte den Präsidenten in der ebenso musikalisch-wohlklingenden wie dem Uneingeweihten völlig unverständlichen tschechischen Sprache temperamentvoll erwidern. Temperament und gewandte Dialektik waren denn auch die auf den ersten Moment erkennbarsten Züge, die Herr Dr. Benesch dem Beschauer darbot.

Der Präsident entwickelte dabei den gesamten Aufbau des tschechoslowakischen Staates mit ausführlichen Exkursionen in die Geschichte — und, sobald das historische Gebiet berührt wurde, mußte den Zuhörer die direkt atavistische Einstellung dieses Staatsmannes verblüffen, dessen ganze staatsführende Linie in letzter Beziehung immer wieder durch den säkularen, in Generationen verwurzelten Haß gegen H a b s b u r g bestimmt war. Es war in letzter Linie immer wieder die Stimme des durch Jahrhunderte bedrückten und nunmehr endlich frei und, mehr noch, herrschend gewordenen Volkes, die Stimme des Blutes und der Erde, die aus ihm sprach: er war der Sohn einer einfachen Bauernfamilie.

Das Gespräch drehte sich naturgemäß in der Hauptsache um das Verhältnis des Staates zu seiner größten Minderheit, den Sudetendeutschen, dem „zweiten Staatsvolk“, wie man damals, knapp ein Jahr nach den für Konrad Henlein erfolgreichen Wahlen, zu sagen beliebte. Wir berichteten offen von unseren Eindrücken im Erzgebirge, von den auch dem Fremden nicht zu verbergenden Unterdrückungsmaßnahmen, von der großen Not, von Armut und Hunger, von den in klarem

Gegenüber zu den tschechischen Gebieten völlig verlotterten öffentlichen Einrichtungen, namentlich den Verkehrswegen und verhehlten auch keineswegs den gefährlichen Eindruck einer direkt haßerfüllten Stimmung, die wir, ohne jede Ausnahme, bei der höheren Führung der sudetendeutschen Partei damals angetroffen hatten. Der Präsident gab gewisse Mißstände ohne weiteres zu — „la perfection n'est pas de ce monde“, so höre ich ihn noch sagen — aber irgendwelche wesentliche Konzessionen, zumal auf politischem Gebiet, lehnte er rundweg ab. Gewiß: zu einer bestimmten Dezentralisation der Verwaltung würde er sich eventuell herbeilassen können — von einer Autonomie, auch nur einer Verwaltungsautonomie, könne aber niemals die Rede sein. Seinen präsumptiven Gegner, Konrad Henlein, nahm er nicht allzu ernst; „Henlein ist ein politisches Kind“, sagte er. Anscheinend überzeugt, daß das sudetendeutsche Problem sich mit der Zeit durch freiwillige Einfügung der Minderheit in den Gesamtstaat lösen werde, machte er sich wohl nicht viel Sorgen um die Erhaltung seines Staates nach dieser Richtung und dies, obwohl er sich eingehend mit der nationalsozialistischen Expansionspolitik befaßte. Allein er betrachtete die bündnismäßige Versicherung seines Staates nach Westen und Osten für so stark, daß er die Gefährdung von Seiten des Nationalsozialismus auszuunterschätzen schien. In letzter Linie aber bestand nach der Unterredung doch wieder ein anderer Eindruck, und das, was man als Unterschätzung des Hauptgegners bezeichnen mochte, was vielleicht dem ehemaligen Präsidenten heute auch von seinen eigenen Leuten hie und da vorgeworfen werden mag, war nicht ausschlaggebend: er rechnete eben in letzter Linie mit einem kommenden allgemeinen Konflikt, bei dem indessen der Nationalsozialismus den Kürzern ziehen würde. Nicht daß man etwa den Eindruck gehabt hätte, er wolle diesen Konflikt. Gewiß äußerte er sich über Hitler in einer für einen verantwortlichen Staatsführer äußerst scharfen Weise; aber wenn er in der Folge den weltanschaulichen Gegensatz zwischen Demokratie und Nationalsozialismus aufzeichnete — und hier stieg seine Dialektik zu beachtlicher Größe — so sprach daraus weniger der Wille zu einem Kampf zwischen zwei Nationen als das Bewußtsein des Unvermeidbaren eines späteren allgemeinen Zusammenstoßes. Dabei mußte immerhin die stete Betonung der demokratischen Konstruktion des Staates, vor allem aber ein oftmals wiederholter Vergleich mit der Konstruktion der Schweiz — nicht etwa als Ziel, sondern als Tatsache — einigermaßen werkwürdig wirken auf den, der den inneren Aufbau, vor allem aber die verwaltungsmäßige und politische Führung im tschechoslowakischen Staate auch nur oberflächlich kannte.

So mußte sich als vorwiegender Gesamteindruck der Person des Präsidenten und als Fundament seiner politischen Linie eine eigenartige Verknüpfung zweier Grundelemente ergeben: Kampf gegen Österreich und die Deutschen in Böhmen als Nachfolger der Habsburger, als erstes Element — er sagte wörtlich: „man kann nicht in 17 Jahren vergessen, was man während 300 Jahren erduldet hat“ —, tiefer weltanschaulicher Gegensatz zum Nationalsozialismus mit der Überzeugung einer kommenden Auseinandersetzung, als zweites.

Dieses so aus doppelter Erwägung gegründete Fundament hat all' die Jahre hindurch, bis zum letzten Tag, die Politik der gesamten tschechoslowakischen Staatsführung bestimmt und von diesem Gesichtspunkt aus vermag man vielleicht gerade die jüngsten Entwicklungen zu verstehen. Wir glauben aber, daß die Feststellung, er habe ob seinem Haß gegen Habsburg die Gefahr, die seinem Staat vom Reiche her drohte, übersehen, nicht das richtige trifft; gewiß tat er einmal den für seine Politik, rückschauend betrachtet, in letzter Linie verhängnisvollen Ausspruch: „Lieber den Anschluß als Habsburg“ — aber man darf nicht übersehen, daß dieser Ausspruch zu einer Zeit fiel, als in Deutschland noch nicht der Nationalsozialismus herrschte; und wenn man, damals als es noch Zeit war, in der

Umgebung Otto's von Habsburg Benesch eine Option für Habsburg als „seine einzige und letzte Rettung“ nahelegte, so mutete man damit dem Tschechen, der jahrelang vom Regime beleidigt, verlacht, verfolgt worden war, leidlich viel zu. In Kenntnis einer vollzogenen Entwicklung ist es bekanntlich nicht schwer, einem Staatsmann retrospektiv vorzuhalten, wie er es tatsächlich hätte machen sollen; immerhin ist einzuräumen, daß die rechtzeitige Förderung der jahrelang immer wieder vergebens angesehten Bemühungen Hodza's in Richtung auf eine Donaukonföderation unter Wiederzulassung Habsburgs und einer machtpolitischen Stütze im Westen manche Entwicklung anders hätte gestalten können.

Daß Benesch sich immer wieder dagegen sträubte und so bewußt darauf verzichtete, an der Donau rechtzeitig ein machtpolitisches Gegengewicht zum aufstrebenden Nationalsozialismus zu schaffen — das lag in letzter Linie in seiner festen Überzeugung von der Funktion des von ihm aufgebauten Bündnisystems und von der in letzter Linie machtpolitisch entscheidenden Überlegenheit der Westmächte und Sowjetrußlands. So sah er die Auseinandersetzung mit dem Reiche früher oder später kommen, und er wußte wohl, daß sein Staat im Kriegsfall vorerst von feindlichen Truppen überschwemmt werden mußte; allein er rechnete durch die endgültige Wendung eines allgemeinen Konflikts mit der Befreiung und Wiederaufrichtung eines größeren Vaterlandes.

Verschiedene seiner ehemaligen Mitarbeiter, u. a. einer seiner vertrautesten Palladine, der Pariser Gesandte Džusťh, aber auch der heutige Außenminister Čhwal'kowský, verlangen heute die Durchführung einer Untersuchung über die Politik des ehemaligen Präsidenten. Es wäre zweifellos interessant, das Ergebnis einer solchen Untersuchung kennen zu lernen, doch dürfte das Verfahren, das doch wohl in letzter Linie in ein vor aller Öffentlichkeit aufgeführtes Theater ausmünden mußte, auch im Interesse des heutigen Staates vermieden werden. Vielleicht wäre eine solche Untersuchung zudem aus einem andern Grunde mehr oder weniger überflüssig; denn der größte Teil der Informationen, die unmittelbar nach dem Sturme der Septemberereignisse nicht zu erhalten waren, aber nachträglich von allen Seiten mit großer Bestimmtheit einlaufen, scheinen immerhin die Vermutung zu ermöglichen, daß der heute in der Verbannung lebende Präsident in seinen Kombinationen im Grunde gar nicht so unrecht gehabt hat, als man heute gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Denn eine Rekonstruktion der Lage der kritischen Septembertage ergibt mit furchtbarer Deutlichkeit, daß der Friede an einem noch dünneren Faden hing, als man damals ahnte. Der geringste Zufall hätte den Riß gebracht.

Tatsächlich war nämlich die Entschlossenheit der Westmächte, den Krieg durchzuführen, viel größer, als man unter dem ersten Eindruck der Münchner Ereignisse anzunehmen geneigt war — vor allem Englands. Dort war man sich zwar der zeitlichen Unterlegenheit auf dem Gebiete der Luftwaffe voll bewußt und man rechnete für die ersten Wochen für London allein mit Verlusten, die täglich in die Tausende von Menschen gehen mußten. Allein man hatte dort, wie auch anderswo, die Überzeugung, daß dieser Rückstand im Kriege allmählich aufzuholen sei und die Entscheidung in letzter Linie eben doch nicht durch die Luftwaffe, sondern mit andern Mitteln gebracht werden würde. Es spielten außerdem bei Bewertung der Kriegschancen an verschiedenen Stellen auch Erwägungen mit, die in einer gewissen Beziehung zu dem neuen deutschen Befestigungssystem an der Westgrenze, der sogenannten „Siegfriedlinie“, stehen dürften. Vielleicht wäre es gegeben, gewisse Erwägungen über diese Probleme in Zusammenhang mit der unmittelbar nach der Erledigung der Septemberereignisse erfolgten Demission des deutschen Generalstabschefs, Beck, und anderer hoher Offiziere zu stellen. „Hitler hat noch einmal Glück gehabt“ — sagte uns jemand ...

* * *

Inzwischen aber haben die Vereinbarungen von München, durch die damals, bestimmt zum Vorteil beider Teile, der unmittelbar bevorstehende Zusammenstoß vermieden worden ist, die erwartete Auswirkung erfahren. Die Westmächte haben sich in der Folge über ihre eigenen Konzessionen von München hinaus aus dem Donaauraum freiwillig völlig ausgeschaltet, allerdings nur, soweit die endgültige Liquidation der Tschechoslowakei in Frage steht. Unter diesen Umständen und in Folge der nach wie vor aufopfernden Sekundierung durch das seltsame Italien konnte das Reich seinen Erfolg weit über das in München formell vereinbarte Maß ausspannen. Ist es dann aber, *rebus sic stantibus*, so wird man fragen, nicht einigermaßen erstaunlich, daß die deutsche Reichsführung trotzdem in ihren Reden, die man seit München hörte, mit den Partnern von München, die doch so viele Konzessionen gemacht haben, vor allem aber mit England, recht mißmutig umging? Und dies noch bevor der Jude Grunzspan in Herrn vom Rath einen Exponenten der deutschen Staatsmacht erschöpf? Sollten etwa in München tatsächlich doch gewisse recht weitgehende Ansprüche abgestoppt worden, das Endergebnis demnach nicht ein so sehr einseitiger Erfolg gewesen sein?

Soweit sich bis heute überblicken läßt, hat die Tschechoslowakei durch das Münchner Abkommen vom 30. September 1938 und den Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 insgesamt 41 289 Quadratkilometer mit 4 929 100 Einwohnern abgeben müssen, davon an das

Deutsche Reich	28 309 Quadratkilom.	mit 3 652 200 Einwohnern
an Ungarn	12 009	" " 1 041 500 "
an Polen	971	" " 235 400 "

Damit reduziert sich die Bevölkerung des tschechoslowakischen Rumpfstaaes auf 9 800 400 Einwohner, was ungefähr dem früheren Gesamtbestand nach Abzug der betreffenden Minderheiten entspricht.

Doch wird erst die nächste Zeit zu entscheiden vermögen, ob diese Lösung als endgültig bezeichnet werden kann. Vorläufig wenigstens wird auch heute der vielgeprüften Regierung in Prag keine Ruhe gelassen. Das Problem stellt sich aus der Tatsache, daß Ungarn durchaus geneigt ist, sich als nichtbefriedigt zu betrachten, und dies, obwohl es seinerzeit, wie es auch die Tschechoslowakei getan, den Wiener Schiedsspruch a priori als endgültig und verbindlich angenommen hatte. Wie weit diese Erklärung allerdings im Ernste gemeint war, ergab sich bereits im Augenblick des Einmarsches der ungarischen Truppen in das sogenannte Oberland: die ungarischen Fahnen nämlich, die als ein Zeichen dauernden Protestes seit der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon, also seit mehr als 19 Jahren, auf Halbmast gesetzt waren, wurden überall im Lande nicht etwa auf die volle Höhe, sondern nur um ein Drittel höher gehißt. Gleichzeitig wurde in der ungarischen Presse eine neue Kampagne auf Einverleibung der Karpato-Ukraine im Wege des sogenannten Selbstbestimmungsrechts eingeleitet, eine Kampagne, die, durch Terrorakte in dem beanspruchten Gebiet auf eine hinlänglich bekannte Art unterstützt, in diesen Tagen anscheinend ihren Höhepunkt erreicht hat. Das Ergebnis wird am Ende allgemein interessieren, da es voraussichtlich gewisse Schlüsse auf bestimmte innere Vorgänge und Gewichtsverlagerungen im Bezirke der Achse ermöglichen wird, nachdem Italien anscheinend Ungarn unterstützt, während Deutschland ein Interesse daran hat, es beim Status quo bewenden zu lassen, zumal dieser auch durch den Wiener Schiedsspruch als endgültig proklamiert worden ist. Man wird denn auch mit Interesse feststellen, ob es Italien gelingt, auch einmal seine eigenen Ansprüche durchzusetzen, die kaum in der Linie des Reiches, sondern eher in der Eindämmung seiner Expansion liegen, nachdem es sich bisher, beginnend mit dem 13. März 1938, andauernd als Opferlamm auf den Altar

der Achse, in rührender Weise, gelegt hat oder — legen mußte. (Welche Versprechungen hat es wohl dafür erhalten?)

Abgesehen aber von dieser noch ungeklärten Frage ist der Erfolg des Reiches, im Bezirke der ehemaligen Tschechoslowakei vollkommen. Das Verhältniß dürfte die richtige Bezeichnung sein, die man, angesichts der Entwicklung jüngster Tage, den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Reiche zu geben haben wird: der Kumpfstaat ist nicht nur an seiner Druckstelle auf eine Distanz von ca. 80 Km. vom Reiche eingeschnürt, vielmehr sollen nach den letzten Entscheidungen die entsprechenden zwei Grenzpunkte des Reiches eine direkte, im Besitz des Reiches stehende Autostraßenverbindung bekommen, für die das Recht der Exterritorialität gefordert und bewilligt wurde. Bereits vom Jahre 1940 an werden also deutsche Zollbeamte mitten im tschechoslowakischen Gebiet ihre Amtshandlungen vollziehen und man hat bis heute auch nichts davon gehört, daß Deutschland etwa nicht berechtigt sein soll, dann seine Truppen über den tschechoslowakischen Kumpf von Breslau nach Wien zu werfen. Von hier aus bis zur Zollunion und entsprechender militärischer Verbindung dürfte es dann allerdings nicht mehr weit sein.

Auf jeden Fall ist durch die Unterwerfung der Tschechoslowakei ein sehr wesentlicher erster Schritt zur Wirtschaftsexpansion des Reiches auf den Balkan getan. Auf der anderen Seite hat der deutsche Reichswirtschaftsminister Funk kürzlich durch persönliche Intervention am Objekte selbst vorgearbeitet, wobei es indessen auffiel, daß Rumänien nicht begrüßt wurde, obwohl es in der Hauptsache infolge seiner Getreidemengen und seiner Vorkommen ein spezielles Interesse beanspruchen dürfte. Hier haben sich wohl gewisse Widerstände eingestellt, die nicht allein mit der anlässlich des seinerzeit unfreiwilligen Rücktrittes des Ministerpräsidenten Goga festgestellten finanziellen Abhängigkeit des Staates von den Westmächten zu erklären sein dürften. Der rumänische König fürchtet nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die weltanschauliche Expansion des Reiches, und er ist sich anscheinend — im Gegensatz zu gewissen Leuten, die näher bei uns zu Hause sind — klar darüber, daß den beiden die politische Expansion auf dem Fuße folgt, so wie der Abend den Morgen zum Tage ergänzt. Und während nun seit dem Abschluß des Münchener Abkommens die weltanschauliche Expansion des Reiches im Gebiete des ehemaligen tschechoslowakischen Staates, wie auch in Ungarn nach allen Regeln vor sich geht, so hat der rumänische König, bis heute nicht ohne Erfolg, versucht, hier den Anfängen zu wehren. Gleichzeitig sucht er zur Zeit seine Bindungen nach Westen nach Möglichkeit zu verstärken und sich, vor allem im Bestreben, seine Selbständigkeit zu sichern, finanzielle Beihilfe zu verschaffen, wie seine Besuche in Paris und vor allem in London beweisen. Wie weit ihm dies gelungen ist und ob es sich, selbst bei vorläufig positivem Ausgang, nicht letzten Endes um einen Versuch mit untauglichen Mitteln handeln wird, ist noch nicht klar. Vielleicht versucht auch Jugoslawien in dieser Richtung zu arbeiten. Das Ergebnis aller solcher Bestrebungen hängt natürlich in letzter Linie einfach davon ab, ob die Westmächte den Osten im Gesamten bereits völlig aufgegeben haben oder nicht und, wenn nein, ob sie nach den Ereignissen von München, machtpolitisch und psychologisch gesehen, überhaupt in der Lage sind, ein wirklich ernst zu nehmendes Gewicht in die Waagschale zu legen. Oder sollten sie sich, nach München, bereits in gewissem Maße wieder erholt haben?

* * *

Psychologisch gesehen, zweifellos ja. Frankreich und England machen Anstrengungen zu einem „redressement“. Nicht etwa, daß schon ein praktisches Ergebnis dieser Bestrebungen festzustellen wäre; feststellbar ist nur der Wille zur

materiellen und moralischen Wiederaufrichtung, nicht mehr. Aus diesem Grunde handelt es sich zur Zeit tatsächlich vor allem um eine psychologische Erholung, doch läßt sich nicht bestreiten, daß diese in gewissen Ländern nicht ohne Eindruck geblieben ist. Ob aber dieser Eindruck bestehen bleibt, hängt natürlich ausschließlich von der praktischen Verwirklichung dieser Bestrebungen ab. Dies wäre die Voraussetzung für gewisse Auswirkungen, speziell gerade im Bereiche der Balkanstaaten, soweit diese heute noch schwankend sind.

Die Anstrengungen betreffen, soweit England in Frage kommt, in der Hauptsache das Gebiet der Rüstung, wobei aber seitens der Regierung eine deutliche Zurückhaltung im Tempo festzustellen ist, die einschneidende Maßnahmen, wie etwa die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, beharrlich ablehnt und bis heute sogar auf die zwangsweise Registrierung der Bürger (für ihre Verwendung im Kriegsfall) verzichtet hat. Nach der Entwicklung, welche die Ereignisse in allerjüngster Zeit genommen haben, ist es allerdings fraglich, wie lange sich diese Zurückhaltung noch aufrechterhalten läßt — aus innenpolitischen, wie auch aus außenpolitischen Gründen —, nachdem der hauptsächlichste Grund für diese Zurückhaltung, nämlich die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der in München geschaffenen Friedensatmosphäre — als deren äußerliche Betätigung die deutsch-englische Erklärung aufzufassen war — zu einem großen Teil an Gewicht verloren hat.

Die Bemühungen zur Wiederaufrichtung in Frankreich schildert der anschließende Bericht unseres Pariser Mitarbeiters. Man muß sagen: der Versuch Paul Reynaud's ist zweifelsohne kühn und in gewisser Beziehung einmalig. Daladier seinerseits scheint entschlossen, die Politik seines Finanzministers unbeirrbar zu vertreten und dabei auch vor dem Einjaß aller auch heute nach wie vor starken Trümpfe, die er in der Hand hält, nicht zurückzuschrecken. In dieser Beziehung war seine Erklärung vor der Finanzkommission der Kammer von erstaunlicher Bestimmtheit, von einer persönlichen Einsatzbereitschaft, wie sie vor diesem Forum wohl noch selten bewiesen worden ist. Seine Argumentation ist im wesentlichen außenpolitisch bedingt, während er die rein sachlichen Ausführungen dem Finanzminister überläßt. Es werde ihm nicht einfallen — erklärte der Ministerpräsident vor der Kommission —, mit einem Mißtrauensvotum im Knopfloch die englischen Minister am Bahnhof zu begrüßen — mit dieser unverhüllten Drohung hat er sich offenbar seine kleine, aber wohl zuverlässige Mehrheit verschafft. Es ist zu hoffen, daß diese Mehrheit trotz den beginnenden Streiks und Fabrikbesetzungen, gegen die aufzutreten der Ministerpräsident offenbar entschlossen ist, zusammenhält, vor allem aus zwingenden außenpolitischen Rücksichten, auf die Stimmung in England und in der ganzen übrigen Welt, wo man den Wiederaufrichtungsplan der beiden Minister allgemein als letzten Versuch zur Rettung des französischen Prestiges vor dem endgültigen Untergang betrachtet.

Der Wiederaufrichtungsplan Paul Reynaud's bedeutet innenpolitisch ein Ultimatum an die Nation. Scheitert der Plan, so ist zum mindesten das parlamentarische Regime in Frankreich aufs äußerste gefährdet, wenn nicht Schlimmeres eintritt. Zudem müßte — und darin liegt die grundsätzliche Bedeutung des Versuches — ein Scheitern des Planes, so oder so, innerhalb und außerhalb Frankreichs als ein Beweis dafür aufgefaßt werden, daß es unmöglich sei, ein in schwerer wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Bedrängnis befindliches Land mit liberalen Mitteln und auf Grund der Prinzipien des wirtschaftlichen Kapitalismus wieder aufzurichten. So müßte ein Scheitern des Planes Paul Reynaud's heute weitherum als ein Triumph der sozialistischen Methode, mit nationalen oder marxistischen Vorzeichen, aufgefaßt werden. „Nur ein kapitalistisches Experiment!“ — so ruft bereits ein im wesentlichen gegensätz-

lichen Gedankengängen zugeneigtes Organ im Elsaß aus, indem es ein Scheitern des Planes prophezeit.

Tatsächlich folgt auch der Plan entschieden den klassischen liberalen und kapitalistischen Prinzipien der Wirtschaft:

„Ist es heute nicht etwas Neues“ — so ruft Paul Reynaud aus —, „den Produzenten zu sagen, der Staat zählt auf Euch, auf Eure Initiative, auf Eure Tätigkeit, statt daß man den Produzenten wie seit 20 Jahren sagte: Zählt auf den Staat! Das Eingreifen des Staates muß sich in bescheidenem Rahmen halten.“

Damit ist der wirtschaftspolitische Grundsatz aufgesetzt; die beabsichtigten praktischen Maßnahmen weisen durchaus in derselben Richtung: Ablehnung der Devisenzwangswirtschaft, Bekämpfung der Steuerflucht durch Amnestie, Abschaffung der Staatslotterie, Einstellung der Emissionstätigkeit des Staates für einen bestimmten Zeitraum, Verbot der Auflage von Anleihen mit Goldgarantie im In- oder Ausland, Ausgleich der im Moment unerläßlichen Steuererhöhungen, die vor allem die indirekten Steuern betreffen, durch Sparmaßnahmen des Staates in größerem Umfange.

Um der prinzipiellen Bedeutung des Planes und seiner grundsätzlichen Struktur willen wäre entschieden zu wünschen, daß der Versuch gelänge. Auch für die Schweiz wäre der Nachweis nützlich, daß selbst schwere Wirtschaftsprobleme nach den bewährten Methoden des Wirtschaftsliberalismus, der Präponderanz der Privatinitiative gelöst werden können....

* * *

Sowohl der französische Ministerpräsident Daladier, vor allem aber der englische Premierminister Chamberlain haben, darüber besteht kein Zweifel, ihre in München eingenommene Position mit einer Hartnäckigkeit verteidigt, die Abhandlung abnötigt. Sie waren und sind zweifellos heute noch entschlossen, die Verhandlungen von München implicite zu einer dauernden Befriedung in der ganzen Welt auszubauen. Sie haben sich vom Tage ihrer triumphalen Rückkehr aus München an der aus Mißtrauen und Ungläubigkeit, teils einfach aus ideologischem Antifaschismus rekrutierten Opposition gegen den Friedensplan entschlossen entgegengestellt, gestützt auf die Popularität, die ihnen die Gefühle der Dankbarkeit aus allen Kreisen ihrer Bevölkerung verschafft haben. In der Richtung der Weiterführung der in München begonnenen Arbeit liegen — seitens Englands — die Inkraftsetzung des englisch-italienischen Osterabkommens, die damit ausgesprochene und formell bestätigte Anerkennung der Annexion Abessinien's, die Erfüllung der gleichen Forderung durch Frankreich im Wege der Entsendung eines neuen Botschafters. Die Gegenleistung seitens Italiens bestand im wesentlichen in der Zurückziehung von 10,000 Legionären aus der Armee Franco's, wogegen anderseits wieder die Regierung von Barcelona ihre ausländischen Freiwilligen in der Hauptsache zurückzog. Trotzdem konnte sich aber die damit zwischen Italien und den Westmächten tatsächlich eingetretene Entspannung bis heute keineswegs auswirken. Vielmehr wurden alle Anstrengungen der Westmächte von italienischer Seite mit ausgesprochener Kühle aufgenommen und quittiert, worin man auch meistens Rückwirkungen des für die Westmächte einem Rückzug gleichkommenden Ergebnisses von München erkennen wird. In der Hauptsache aber sind es die engen Beziehungen im Bezirk der Achse, die eine weitergehende Entspannung im Raume des Mittelmeers verhindert haben.

Das Verhältnis des Deutschen Reiches zu den Westmächten, im besondern zu England, hat sich seit dem Münchner Abkommen vom 30. September nach dem Bilde einer sich anfänglich langsam senkenden Kurve verschlechtert, die dann plötzlich einen rapiden Absturz erlitt. Das laut und vernehmlich geäußerte Mißtrauen der

britischen Opposition konservativer, liberaler oder arbeiterparteilicher Observanz gegenüber der Friedenspolitik von München rief von führender deutscher Seite scharfe Reaktionen hervor, die ihren Charakter hauptsächlich durch persönliche Angriffe gegen oppositionelle britische Abgeordnete und Staatsmänner und indirekt gegen das demokratische System erhielten. Die offiziellen Proteste britischerseits hatten keinen Erfolg; vielmehr nahmen die Angriffe den Charakter von regelrechten Kampagnen an. Die Bemühungen Chamberlain's, die auf eine allzu augenfällige Intensivierung der britischen Rüstungen tendierenden Bestrebungen zurückzuhalten, wurden so immer schwieriger, vollends als infolge der deutschen Angriffe auf britische Staatsmänner, die manchmal recht eigentümliche Formen annahmen, anläßlich einer beachtenswerten Nachwahl ins Unterhaus der Anhänger Chamberlain's deutlich ins Hintertreffen geriet. Die Kurve der Friedenspolitik sank also immer tiefer, und während die deutsche Presse die Engländer vornahm, sekundierte Italien durch eine im wesentlichen aus demonstrativ hervorgekehrter Geringschätzung fließende Pressepolemik gegen Frankreich — ein Schauspiel, das für die Zukunft nichts Gutes versprach.

In diese gefährliche Atmosphäre trachten die Schüsse von Paris.

Die Folgen aber, die das Deutsche Reich dem Attentat zu geben sich entschlossen hat, sind nun allerdings derart, daß sich ihre Rückwirkungen auf die internationalen Beziehungen überhaupt nicht abschätzen lassen. Mehr als eine Hoffnung ist heute begraben!

Zürich, den 23. November 1938.

J a n n v. S p r e c h e r.

Pariser Brief:

Frankreich am Wendepunkt.

Es steht außer Zweifel, daß neben der zweiten Hälfte Oktober der November 1938 für Frankreichs innere Politik der wichtigste Monat seit dem Kriege ist. Er ist gekennzeichnet durch die am 13. November erfolgte Veröffentlichung der Gesetzesdekrete, die — wenigstens wird es von allen Seiten behauptet — einen „letzten Versuch“ der Wiederaufrichtung des Landes gemäß den Prinzipien der liberalen Wirtschaftsführung darstellen.

Bedarf Frankreich demnach einer Wiederaufrichtung? Sieht vielleicht diese reiche Nation, diese zweitgrößte Kolonialmacht unserer Erde, ihren Einfluß unter den Großstaaten zurückgehen? Fürchtet am Ende gar dieses Siegevolk, die Früchte seines Sieges endgültig verlieren zu müssen, ja noch mehr, fühlt es seine Sicherheit bedroht?

Im vergangenen September haben die tragischen Ereignisse, die der Wiederaufrüstung Deutschlands und dem Anschluß folgten, allen denjenigen Franzosen die Augen geöffnet, die bisher auf den leichten Wegen der Sorglosigkeit gegangen waren und die Gefahren innen und außen nicht erkennen wollten, noch weniger sich ihr entgegenstellen. Nun waren sie alle — das kann man ohne Übertreibung sagen — einig im Wunsche, sich entschlossen aufzuraffen, in der Überzeugung, daß der Zeitpunkt für Frankreich gekommen sei, wo es aufstehen, arbeiten und seine Rüstungen vervollständigen müsse. Die Regierung gab außerdem zu verstehen, daß die finanzielle Situation sehr ernst sei und von allen eine Anspannung der Kräfte und unumgängliche Opfer fordere.

Herrn Daladiers Popularität hatte nach der Münchner Zusammenkunft so zugenommen, daß er von der Kammer eine — mit Ausnahme der Kommunisten — einstimmige Ratifikation des Viererabkommens erreichte; die Sozialisten hatten sich der Stimme enthalten. Aber schon die Abstimmung über die Erteilung der unbeschränkten Vollmachten brachte das Parlamentsspiel wieder in Gang, und diese Vollmachten, die für einen Zeitraum von drei Monaten verlangt

worden waren, wurden nur bis Mitte November erteilt. Dann folgte eine spannungsvolle Wartezeit. Die finanzielle Lage war ernst, Frankreich sollte aber um jeden Preis aufrüsten; denn entgegen den kürzlich so schön erwachten Hoffnungen erlaubten die letzten internationalen Verständigungen nicht, an eine baldige Einschränkung der Rüstungen zu glauben; und dennoch handelte die Regierung nicht. Warum?

Frankreich fährt eben in der Anwendung des parlamentarischen Systems weiter, und Herr Daladier wollte sich, bevor er zu handeln begann, über die politische Einstellung des Landes orientieren. Die auf den 23. Oktober festgesetzten Senatswahlen sollten ihm zeigen, ob das Land in seiner Mehrheit der Parole des Rassemblement populaire treu geblieben war oder nicht; und bei Gelegenheit der Eröffnung des radikal-sozialistischen Kongresses vom 26. Oktober hoffte er von der Partei, deren Präsident er ist, und die zahlenmäßig den zweiten Rang in der Kammer einnimmt, die Billigung seiner nationalen Politik und die Auflösung des Front populaire zu erhalten.

Herr Daladier erhielt die Zustimmung zu den Regeln seines politischen Spiels, vielleicht zum Nachteil seiner Popularität, denn Popularität ist „ein Gericht, das warm genossen werden muß“. Tatsächlich fiel ihm auch, wie wir sehen werden, alles zu, was er, sei es von Seiten des Landes durch die Senatswahlen, sei es es von Seiten seiner Partei beim Kongreß von Marseille, gewünscht hatte. Aber Warten bringt schlechten Rat. Man fand, daß im Augenblick, wo Deutschland seine Münchner Erfolge gründlich ausbeutete, indem es in ganz Mitteleuropa die Gleichschaltung praktizierte und den wirtschaftlichen Drang nach Osten energisch befriedigte (Reise des Dr. Funk nach den Balkanländern), Frankreich sich zu sehr bei Erwägungen über das politische Vorgehen aufhielt und auf diese Weise kostbare Zeit unbenützt verstreichen ließ.

Zwei bedeutsame Vorkommnisse, die für sich selber sprechen, ereigneten sich vor den Senatswahlen: am 19. Oktober ließ sich die Partei der Radikalsozialisten bei der vom Komitee des Rassemblement populaire organisierten Sitzung nicht vertreten, und am 22. Oktober erklärte die Regierung, daß Arbeitsverweigerung für die Landesverteidigung unmittelbare Maßnahmen nach sich ziehen würde. Der marxistische Druck auf die bürgerliche Partei, die die Partei der Radikalsozialisten eigentlich ist, hatte also nachgelassen.

Die Wahlen des 23. Oktober kamen heran. Es handelte sich um die Erneuerung eines Drittels der Senatoren. Die Mitglieder der Hohen Versammlung werden nämlich für eine Dauer von neun Jahren gewählt und sind alle drei Jahre zu einem Drittel wieder wählbar. Die konstitutionellen Bestimmungen wollten so diesem gemäßigten Organ, diesem Hüter der republikanischen Prinzipien zu fort-dauernd gültigem Bestande verhelfen, den die Stürme der öffentlichen Meinung und ihre Schwankungen nicht zu erschüttern vermöchten. Das in Anwendung gebrachte Wahlssystem unterstreicht noch diesen Charakter der Stabilität, indem nicht eine einfache und allgemeine, sondern eine zwei- und dreigradige Abstimmungsart entscheidet; die Senatoren werden durch die Deputierten, die Generalräte und die Kreisräte, die man in allgemeiner Abstimmung wählt, und durch Abgeordnete der Gemeinderäte, welche eine Volksabstimmung bezeichnet, bestimmt.

Am 23. Oktober waren 97 Sitze zu besetzen. Die Bedeutung dieser Wahlen, die in gewöhnlichen Zeiten nur mittelmäßiges Interesse im Publikum erwecken, rührte vor allem daher, daß seit der Septemberkrise zum erstenmal eine Aussprache des Landes stattfand, und außerdem daher, daß die zahlenmäßig stärkste Partei des Front populaire, die Sozialisten, gegen den als „reaktionär“ bekannten und für den Sturz der beiden Regierungen Blum verantwortlichen Senat eine lebhafteste, unerbittliche Kampagne geführt hatte. Von den 97 Sitzen aber verloren die Radikalsozialisten sechs, die Sozialrepublikaner vier und die unabhängigen Radikalen (Gemäßigten) einen, während die Sozialisten (S. F. J. D.) und die

Sozialistische Republikanische Union, also zwei Parteien des Front populaire, je nur einen Sitz eroberten, und so der republikanisch-demokratischen Union, einer Rechtspartei, neun Sitze überließen. Allerdings wurde Herr Marcel Régnier, heftiger Gegner des Front populaire und früherer Finanzminister, nicht wiedergewählt, während Herr Dormoy, im Kabinett Blum Minister des Inneren, in die Hohe Versammlung eintrat. Jeder konnte also Sieg rufen, aber die Sozialisten und die Parteigänger des Rassemblement populaire hatten doch den Kürzeren gezogen und verlangten nur umso leidenschaftlicher die „Demokratisierung“ des Senats.

Am 26. Oktober endlich wurde in Marseille der ungeduldig erwartete radikalsozialistische Kongreß eröffnet. Die Radikalen — die sich heute Radikalsozialisten nennen — haben in der Tat seit gut fünfzig Jahren eine erste Rolle in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs gespielt. Sie waren und sie bleiben eine Regierungspartei; sie sind also im Grunde genommen die Zentrumsparterie, und nur eine ihrer Parolen: „keine Feinde links“ kann das widerspruchsvolle Vorhandensein dieses bürgerlichen, aus vorsichtigen, gemäßigten und im allgemeinen wohlbestandenen Deuten zusammengesetzten Blocks am rechten Flügel des Front populaire erklären. Einer ihrer Anführer, sozusagen das Orakel, auf das sie alle hören, Herr Albert Sarraut, hatte seinerzeit allerdings erklärt: „Der Kommunismus, das ist der Feind“, er hat aber seither seine Meinung wieder geändert.

Was durfte man von den Schwurbrüdern dieser Partei erwarten? Würden sie die Hebel des Kommandos, die sie in harmloseren Zeiten so geschickt handhaben, in unserer harten Gegenwart wirksam ansetzen können? Lucien Romier stellte im „Figaro“ die hübsche Frage, ob sie wohl bloß „die Einbildung einer Bewegung“ erleben und ob sie fortfahren würden, dem „Trägheitsgesetz der kleinen Interessen und Mißbräuche“ zu gehorchen.

Vor allem aber teilten immer zahlreichere Franzosen die in einem Appell der Frontkämpfer ausgesprochene Ansicht, daß Frankreich eine nationale, über den Parteien stehende Regierung brauche, daß das Land der politischen Kämpfe müde sei und vor allem nach Einigung strebe. Sie verlangten also neue Lösungen, kühne Lösungen, außerparlamentarische, wenn ich so sagen darf, das heißt solche, die nicht ein Kompromiß zwischen Parteien darstellen, sondern dem allgemeinen Interesse entsprechen. Der Ernst der Lage fordere, so erachteten sie gemeinsam mit den Frontkämpfern, diese Bildung eines Wohlfahrtskabinetts.

Man muß anerkennen, daß Herr Daladier am Tage nach der Eröffnung des Kongresses eine klare und energische Ansprache hielt: „Für einen Regierungschef ist es nicht mehr möglich, sich nur an seine eigene Partei zu wenden; er muß zu ganz Frankreich sprechen“. München war nicht „eine Kapitulation“, sondern „eine Tat fühler Vernunft“. „Frankreich wird überall mit dabei sein“. „Das französische und das deutsche Volk haben trotz aller Schwierigkeiten wichtige Gründe, einander gegenseitig zu achten und miteinander loyal zusammenzuarbeiten“. Aufrichtig bekennt er die finanziellen Schwierigkeiten: „112 Milliarden Lasten für das Jahr 1939; demgegenüber etwa 66 Milliarden Einnahmen . . . und das bei einem Nationaleinkommen von 220 Milliarden“. Während „in Deutschland von 1929 bis 1937 die Produktion um 17 % zugenommen hat, ist sie für dieselbe Periode in Frankreich um 25 % zurückgegangen . . .“. „Frankreich geht an seinen inneren Kämpfen zugrunde . . .“. Und nun der Ruf zur Arbeit und zu ökonomischer Flottmachung durch Auflockerung des Bierzigstundengesetzes. Dann Bestätigung der Autorität des Staates, der den Schiedsprüchen in sozialen Auseinandersetzungen Anerkennung verschaffen und die unerwünschten fremden Elemente aus dem französischen Arbeitertum entfernen soll; dringendes Bedürfnis nach einer festen Regierung, ohne die das Volk allmählich „das Interesse an der freiheitlichen Regierungsform verlieren wird“.

Vom Standpunkt der reinen Innenpolitik aus gesehen, lag das Interesse an Daladiers Rede hauptsächlich in der Aufkündigung des Bundes zwischen Radikalen und Kommunisten im Schoße des Front populaire. Der Ministerpräsident und Präsident der radikalen Partei zögerte denn auch nicht, „die täglichen Beschimpfungen aus dem Lager der Moskowiter“, ihre „Gewalttätigkeit“, ihre „Unnachgiebigkeit“, ihre „Unterwühlung der Autorität der Regierung“ bloßzustellen.

Man hat dieser Rede vorgeworfen, kein Reformprogramm zu enthalten. Vielleicht behielt Herr Daladier sich vor, die großen sechs Linien dieses Programms bei anderer Gelegenheit vorzulegen. Oder war darüber die Einigung im Ministerrat noch nicht erfolgt? Diese letztere Hypothese dünkt mich die wahrscheinlichere, was sich weiter unten zu bestätigen scheint. Jedenfalls hatte am Tage der Eröffnung des Kongresses der Handelsminister, Herr Gentin, vor den Kongreßteilnehmern ein „Regime der orientierten Wirtschaft“ gerühmt, das vom Liberalismus als einem „überholten Standpunkt“ und von Zwangswirtschaft, wie sie die Regierungsform Frankreichs nicht zuließe, gleich weit entfernt sei. Diese Rede erregte großes Aufsehen und provozierte eine heftige Polemik. Im Augenblick glaubte man es mit einem Versuch zu tun zu haben, dessen Zustandekommen die Bildung gewisser Klauseln der Gesetzesdekrete erleichtern könnte. Dies war aber nicht der Fall, denn die Gesetzesdekrete enthalten — wir werden es noch feststellen — nichts dergleichen.

Man weiß, unter welcher tragischen Umständen der Brand der „Nouvelles Galeries“ am 28. Oktober dem Kongreß am 29. Oktober ein vorzeitiges Ende bereitete. Immerhin wurde Herr Daladier von seinen Kollegen durch Akklamation wieder bestätigt. Man unterschoß Herrn Herriot die Absicht, einigermaßen feindselig gegen den Ministerpräsidenten agitiert zu haben, der auffallenderweise die Sowjetunion, für die der Kammerpräsident eine besondere Zärtlichkeit hegt, mit keinem Worte erwähnt hatte; aber dem war nicht so. In gleicher Weise ließ man auch Herrn Léon Blum im Verlaufe des Nationalrates der sozialistischen Partei am 5. und 6. November die Absicht, Herrn Daladier antworten zu wollen und vielleicht seine Partei in die Opposition einzureihen; auch das war nicht der Fall. Herr Blum bemühte sich vor allem, die Einigkeit seiner Partei aufrecht zu erhalten, die in der Frage „Frieden oder Krieg“ verschiedener Auffassung war — „Münchener“ und „Anti-Münchener“; er bestätigte: „Ich bin nicht der Ansicht, daß von uns aus eine Kriegserklärung an die Regierung erfolgen dürfe“, und ließ eine Motion stimmen, in welcher seine Partei sich bereit erklärte, eine Regierung zu unterstützen, welche „entschlossen sei, die Demokratie und die Arbeitsrechte zu verteidigen“.

Alles schien nun für die Bekanntgabe der Gesetzesdekrete bereit zu sein, als man zur allgemeinen Überraschung am 2. November vernahm, daß am Vorabend der Justizminister Herr Paul Reynaud Herrn Marchandeaü in den Finanzen ersetzt habe, der seinerseits das Ministerium der Place Vendôme übernehme: ein chassé-croisé. Was war der Grund dafür? Herr Marchandeaü hatte einen zu neuen, einen zu kühnen Plan ausgearbeitet, hatte sich von gewissen Lehren des Front populaire inspirieren lassen; so wurde wenigstens behauptet. Dieser Besetzungswechsel in letzter Stunde verriet aber Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts über das Kernproblem, das es zu lösen galt.

Nach fünf Tagen neuerlichen Studiums stellte der Finanzminister mit Herrn Daladier eine erste Serie von Gesetzesdekreten fertig, welche zwei Tage später von einer weiteren gefolgt wurde. Am 12. November legte er in einer radioübertragenen Rede den Ernst der finanziellen Lage und die vorgeschlagenen Mittel zur Besserung der Situation dar: liberaleres Vorgehen in den Preis-, den Kredit- und den Arbeitsangelegenheiten; Sparmaßnahmen in die Tiefe. Der von ihm vorgeschlagene Plan, welcher in den ersten Gesetzesdekreten greifbare Form anzunehmen begonnen hat, soll sich über eine Zeitdauer von drei Jahren ausdehnen. Nach der Sowjetunion, nach Deutschland soll nun auch Frankreich das Plansystem

kennen lernen, daß eine in unserem Lande sehr seltene ministerielle Stabilität verlangt.

Am 14. November veröffentlichte die Presse die 34 Gesetzesdekrete, welche, wie der Finanzminister selber in seiner Radioansprache hervorhob, von den Prinzipien der jetzt in Frankreich offiziell herrschenden Regierungsform inspiriert sind: dem kapitalistischen Liberalismus. Man glaubt übrigens, daß es sich hier um das letzte liberale Experiment handelt, daß Frankreich, wenn dieses Experiment fehlschlägt, sich wohl oder übel der Zwangswirtschaft wird unterwerfen müssen, was zu gleicher Zeit eine Zwangspolitik einschließt, also eine Diktatur von rechts oder links. Wir versuchen hier keine Analyse der Gesetzesdekrete zu geben, sondern begnügen uns damit, zu sagen, daß sie orthodoxe Lösungen vorschlagen, also nicht durch Kühnheit glänzen, daß sie aber die sozialen Gesetze nicht angreifen, sondern sie einzugliedern trachten; daß sie keine neuen Anleihen vorsehen, sondern durch Sparmaßnahmen im Staatshaushalt und Steuererhöhungen die nötigen Einkünfte zu beschaffen suchen werden. Allerdings kann man vorläufig den Nutzen einer Vergrößerung der Nationalproduktion, die sie anstreben, noch nicht recht einsehen, solange die Steuererhöhungen und die Lebensmittelvertéuerung die Kaufkraft des Konsumenten einschränken. Denn ohne Konsumenten bleibt die Produktion zwecklos. Man nimmt jedoch an, daß die Rückkehr des ausgewanderten Kapitals erleichtert werde — Maßnahmen dafür haben bereits eingesetzt. Es wird überhaupt gut sein, die Auswirkungen der Gesetzesdekrete abzuwarten, bevor man ein endgültiges Urteil über sie fällt.

* * *

Am 29. Oktober wurde der Vertreter unserer Regierung, Herr François-Poncet, für den freien Botschafterposten in Rom bezeichnet; dieser Posten war seit dem Rückruf des Herrn de Chambrun unter der ersten Regierung des Front populaire unbesetzt geblieben. So bestätigte sich der Zusammenbruch des Front populaire, nachdem er im Innern erfolgt war, auch nach außen. Nur im Vorübergehen sei hier gesagt, daß innerhalb des Front populaire auch Gefühlsverschiedenheiten zwischen „Münchnern“ und „Antimünchnern“ sich zeigten: bei den Sozialisten, wie wir es in Bezug auf die Debatten im Nationalrat der Partei erörtert haben; in der Liga für Menschenrechte; in der C. G. T. während ihres Kongresses von Nantes.

Der neue Botschafter wurde bei „Seiner Majestät dem König von Italien, Kaiser von Aethiopien“ akkreditiert. Noch vor England anerkannte Frankreich implizite die italienische Eroberung in Ostafrika; dies eine Mal waren wir den Engländern voraus, wie irgendwo geschrieben wurde. Das war dadurch begünstigt worden, daß — sogar bei den Antifaschisten — die übertriebenen Ansprüche des Führers in ihrer Gegenwirkung dem italienischen Diktator zum Vorteil gediehen; auch hatte man seine Intervention zugunsten des Friedens während jener dunkeln Tage Ende September nicht vergessen, und außerdem lebt zweifellos auf dem Grund eines jeden Franzosen, wie immer seine politische Meinung auch beschaffen sein möge, eine natürliche bewußte oder uneingestandene Sympathie für die „lateinische Schwester“, seine Verbündete im großen Kriege.

Sicherlich trennt kein ernsteres Problem mehr Frankreich von Italien. In der spanischen Frage, die so lange der Zankapfel gewesen war, habe Herr Mussolini in München sich dahin geäußert, daß er keine territorialen Ansprüche stelle: diese Versicherung ist beruhigend, denn sie zerstreut die Befürchtungen einer italienischen Bedrohung unseres Verbindungsweges nach Nordafrika. Nichtsdestoweniger wird freilich die Aufgabe des Herrn François-Poncet heikel sein. Italien ist hinfort eine Großmacht und will als solche behandelt werden. Es will auch der Achsenpolitik treu bleiben, die ihm so schätzbare Vorteile eingetragen hat, und diese wertvolle Achse zu zerbrechen wäre ein Fehler. Es handelt sich also in den fran-

zösisch-italienischen Beziehungen darum, die beiden Achsen Paris-London und Rom-Berlin zu einem Einklang zu bringen — denn schließlich existiert eben doch auch eine Achse Paris-London.

Weshalb sollten wir die Schwierigkeiten dieser Aufgabe verschweigen? Die politischen Systeme der beiden Länder sind verschieden — ich sollte wohl sagen: der beiden Achsen; aber England ist in politischen Dingen von einer Anpassungsfähigkeit, von einem Realismus, die Frankreich nicht besitzt, das sich verbissen auf den Kampf um reine Ideen versteift. In England ist alles der Wirtschaft untergeordnet, in Frankreich alles der Politik. Und ein französischer Regierungschef findet in der demokratischen Form des Landes nicht natürlicherweise den gleichen festen Stand wie ein Mussolini oder ein Hitler.

Frankreich ist außerdem wie England in Verteidigung gegenüber einer mit wuchtiger, zeitenweise beunruhigender Dynamik versehenen Mächtegruppe. Frankreich hat wie England in München nachgegeben; das führt die Achse Rom-Berlin in Versuchung, ihre dynamischen Methoden fortzusetzen.

Was die Zukunft der französisch-italienischen Beziehungen betrifft, so wäre es augenblicklich gewagt, sich auf Kombinationen einzulassen. Herr François-Poncet ist eben erst in Rom eingetroffen: er hat seine Beglaubigungsschreiben noch nicht überreicht; am 16. November wird sogar Lord Perth seine Akkreditive, die ihn bei Seiner Majestät dem König-Kaiser einführen sollen, übergeben und entgegen der allgemeinen Erwartung seinem neuen französischen Kollegen zuvorkommen. Italien will auf diese Art Frankreich in den zweiten Rang zurücksetzen, und nimmt sich damit heraus, die Achse Paris-London, die eine gleichzeitige Übergabe der Einführungsbriefe unterstrichen hätte, zu ignorieren. Es muß zugegeben werden, daß diese Methode der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen etwas wenig kavalierrmäßiges hat.

Wir haben schon die allgemeinen Schwierigkeiten einer Verständigung zwischen Totalitärstaaten und demokratischen Ländern betont. Dazu kommt noch in unseren Beziehungen zu Deutschland der Mangel an Mäßigung in der Sprache des Führers — der Duce spricht im Gegenteil seit München nur sehr selten. Die Franzosen waren gewiß bereit, mit dem mächtigen Nachbarn zu verhandeln; die Rede des Herrn Daladier beim Marjeiller Kongreß bezeugt es. Aber seit dem 30. September hat Hitler in Saabücken gesprochen, und hernach am 6. Nov. in Weimar und zwei Tage später in München. Sogar die eifrigsten Befürworter einer französisch-deutschen Annäherung haben diesen Reden nicht die geringste Aufmunterung zur europäischen Abrüstung entnehmen können. Schon kündigt Hitler neue Forderungen, dieses Mal die Kolonien betreffend, an. Kaum erst hat er doch seinen Ehrgeiz in Mitteleuropa befriedigt; denn während noch das in München getroffene Abkommen für den Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Tschechen und den Ungarn in Beziehung auf die Festsetzung der neuen Grenzen den Schiedspruch der vier großen Mächte vorsah, wandte sich am 28. Oktober Prag mit dem Ersuchen, diese Grenzen zu bestimmen, bloß an die Achse Rom-Berlin; Rom äußerte dabei den Wunsch nach Schaffung einer polnisch-ungarischen Grenze; aber Deutschland, die Beschützerin (o Ironie!) der neuen Tschechoslowakei, strebte nach einer anderen Lösung und erreichte auch diese. England und Frankreich waren demnach bei der Regelung dieser Frage ausdrücklich übergangen worden, und Italien fügte sich dem Willen seines deutschen Freundes.

So widersinnig es auch erscheinen mag, so glaube ich doch, daß das Reich mit seinen Kolonialansprüchen scheitern wird, nachdem seine Wünsche in Europa selber mit Österreich und mit der Tschechoslowakei befriedigt wurden. Seit München haben die Franzosen ein lebendigeres Bewußtsein der Größe ihres Besitzbereiches. Nicht daß Frankreich sich künftighin auf sich selber und auf dieses sein Reich beschränken wollte; aber es will und wird darin neue Kräfte und neue wirtschaftliche Hilfsquellen finden. Die unter sein Mandat gestellten früheren deutschen Kolonien hat

es mit besonderer Sorgfalt und unter großen Geldopfern verwaltet. Sie bilden das unerläßliche Bindeglied zwischen seinen Kolonien Französisch-Ostafrika und Französisch-Westafrika. Die Hypothese ihrer Rückgabe an Deutschland könnte nicht ernstlich in Erwägung gezogen werden. Es scheint übrigens kaum möglich, daß Deutschland bei dieser Gelegenheit Zwang anwenden könnte, ohne einen allgemeinen Krieg zu entfachen; und ein Gewaltstreich in Afrika selber ließe sich nur von Seiten einer Nation ausführen, die über eine mächtige Marine verfügt, was beim Reich nicht der Fall ist, das sich bis heute an die Klauseln des Flottenabkommens mit London gehalten hat.

Herr Chamberlain und Lord Halifax sollen vom 23. bis zum 25. November die Gäste von Paris sein. Werden sie mit Herrn Daladier und Herrn Bonnet die Frage der deutschen Kolonien prüfen? Man weiß es nicht, aber soviel ist sicher, daß jede Anspielung auf Rückerstattung von Togo und Kamerun ans Reich in der öffentlichen Meinung Frankreichs auf den schärfsten Widerstand stoßen würde.

Zum Abschluß unserer Betrachtung des französisch-deutschen Problems muß noch ganz klar gesagt werden, daß die Beziehungen durch den heftigen Ausbruch von Antisemitismus, der der Ermordung eines deutschen Gesandtschaftssekretärs durch einen jungen polnischen Juden in Paris folgte, keine Erleichterung erfahren haben. Das Verbrechen ist selbstverständlich zu verurteilen; Repressalien gegenüber Unschuldigen rechtfertigt es hingegen keineswegs.

Man blickt hier insofgedessen nicht mit Optimismus in die Zukunft und sieht auch keine Möglichkeit für eine Einschränkung der Rüstungen. Im Gegenteil beabsichtigt Frankreich, seine militärischen Vorbereitungen nach Kräften zu fördern. Die große Hoffnung auf eine Entspannung, die die Besprechungen von München begleitete und ihnen folgte, schwindet mehr und mehr. Und darum rafft Frankreich sich auf; es geht eine Arbeit in seinen Tiefen vor, deren Resultate wahrscheinlich nicht rasch sichtbar werden können. Vor der Gefahr von außen, die nicht weichen will, rücken nach und nach die Parteistreitigkeiten in die zweite Linie. Die offene Frage bleibt die, wie es einem Lande von 42 Millionen Einwohnern möglich sein wird, frei neben dem andern Land mit fast doppelter Bevölkerungszahl zu leben, dem Land, dessen Dynamik mächtig, dessen Disziplin bewundernswert ist, und dessen Ansprüche wenig Grenzen kennen. Immer deutlicher geht es für Frankreich um Sein oder Nichtsein.

Paris, den 16. November 1938.

A. D. Tolédano.

Wehrpolitische Rundschau

Um die Verstärkung der Landesverteidigung.

Bei der zunehmenden Zuspitzung der tschechoslowakischen Krise sahen sich auch die schweizerischen Behörden vor die Frage gestellt, ob eine vorsorgliche Mobilmachung unserer Armee notwendig sei. Auf Grund zuverlässiger Nachrichten gewannen jedoch die militärischen und politischen Stellen die Überzeugung, daß unseren Grenzen keine Gefahr drohe und ließen sich nicht beeinflussen von der Nervosität, die weite Kreise der Bevölkerung zu der Forderung eines Truppenaufgebotes veranlaßten. Die Bundesbehörden bewahrten allem Drängen gegenüber ruhiges Blut und behielten damit auch recht, indem im Augenblick, als die Lage am kritischsten und ein Krieg schon wahrscheinlich war, der Zusammentritt der vier Großmächte in München plötzlich die Entspannung brachte und jedes Aufgebot